

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport** der Stadt Burgdorf am **09.09.2010** in der Aula der Gudrun-Pausewang-Grundschule Burgdorf, Grünewaldstraße 1

16.WP/SchKuSpo/018

Beginn öffentlicher Teil: 16:30 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:50 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: Bürgermeister

Baxmann, Alfred ab TOP 5

stellv. Vorsitzende

Meinig, Birgit

Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut
Hunze, Carl
Obst, Wolfgang bis 18.32 Uhr
Schrader, Karl-Ludwig bis 18.37 Uhr

stellv. Mitglied/Mitglieder

Morich, Hans-Dieter Vertretung für Herrn Bodo
Gärtner
bis 18.38 Uhr
Rheinhardt, Michael Vertretung für Frau Stefanie
Rück
bis 18.43 Uhr
Schulz, Kurt-Ulrich Vertretung für Frau Gabriele
Heldt

Elternvertreter

Walter, Jutta

stellv. Lehrervertreter

Wyrwoll, Lars Vertretung für Frau Andrea
Barth-Drews
bis 18.27 Uhr

**Beratendes Mitglied für den Be-
reich Kultur**

Berz, Hubert

**Beratendes Mitglied für den Be-
reich Sport**

Runge, Alfred

Verwaltung

Barm, Henry
Beneke, Ernst-August
Heuer, Stefan
Pape, Petra bis TOP 9
Strecker, Dagobert

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit. Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 27.05.2010
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen lt. Geschäftsordnung
5. Aussprache über die Besichtigung

Kultur- und Sportangelegenheiten

6. Fördermöglichkeiten für das Waldbad Ramlingen; Antrag der CDU-Fraktion vom 30.08.2010
Vorlage: 2010 0794
7. Straßenumbenennung
Vorlage: 2010 0739
8. Straßenumbenennung im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 4-05 "Flachsfeld 2"
Vorlage: 2010 0768
9. Straßenumbenennungen im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 8-9 "Östlich Beerbuschweg"
Vorlage: 2010 0787
10. Zuschuss für die Burgdorfer Schützengesellschaft von 1593 e.V.
Vorlage: 2010 0771
11. Gebühren für die Nutzung von städtischen Räumen
Vorlage: 2010 0773
12. Freiwillige Leistungen/Subventionen
Vorlage: 2010 0764

Schulangelegenheiten

13. Sachstandsbericht zur Einführung "Offener Ganztagschulen"
14. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit. Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Meinig eröffnete die Sitzung und stellte die Anwesenheit und Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wurde **einstimmig** angenommen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 27.05.2010

Die Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 27.05.2010 wurde bei **drei Enthaltungen einstimmig** beschlossen.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

a) **Herr Strecker** informierte, dass gegenwärtig die Beteiligung des Schulträgers gem. §§ 52/48 NSchG bei der Besetzung der Stelle einer ständigen Vertreterin an der Gudrun-Pausewang-Grundschule durchgeführt wird. Auf die Stellenausschreibung gab es eine Bewerberin, Frau Lehrerin Jeanette Silies. Der Schulvorstand hat sich bereits für eine Besetzung der Stelle mit Frau Silies ausgesprochen.

b) Mit Wirkung zum 01.08.2010 wurde Herrn Kai Klinge der Dienstposten des Realschulkonrektors an der Realschule Burgdorf übertragen, so **Herr Strecker**.

c) Weiterhin führte **Herr Strecker** aus, dass Frau Christina Bielefeld mit Wirkung zum 01.08.2010 zur Studiendirektorin als ständige Vertreterin der Leiterin des Gymnasiums Burgdorf ernannt wurde.

d) **Herr Strecker** teilte mit, dass seit dem 01.08.2010 Frau Monika Kotlenga als Rektorin an der Prinzhornschule Burgdorf als Nachfolgerin von Herrn Illenberger tätig sei.

e) **Herr Strecker** erläuterte, dass lediglich Herr Yilmaz Toprak als stellvertretender Schülervertreter zur Verfügung stehe. Die weiteren Schülervertreter haben ihre Schulzeit an Burgdorfer Schulen beendet. Zum Jahresende ist ein erneutes Berufungsverfahren für die Bildung des Stadtschülerrates geplant. Dieser hat dann das Vorschlagsrecht für die Ausschussbesetzung.

4. Anfragen lt. Geschäftsordnung

K E I N E

5. Aussprache über die Besichtigung

Frau Meinig bedankte sich bei **Herrn Haak** für die Führung durch das Gebäude und erteilte **Herrn Morich** das Wort. **Herr Morich** zeigte sich schockiert über den schlechten Zustand der Schule. Die Mängel müssten dringend behoben werden. **Herr Strecker** erwiderte, dass die Zustände in den Schulen der Verwaltung bekannt seien und entsprechend der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel abgebaut werden.

Herr Schulz hatte nicht den Eindruck eines katastrophalen Zustandes des Gebäudes. Es sei positiv zu werten, dass ausreichend Platz für den Unterricht in der Schule vorhanden

sei. **Frau Meinig** stellte fest, dass es Mängel an allen Burgdorfer Schulen gebe und diese entsprechend den Notwendigkeiten erledigt werden sollten.

Herr Runge erfragte, ob eine Elterninitiative an der Schule vorstellbar sei, die sich um kleine Maßnahmen der Schule kümmere. **Herr Haak** führte aus, dass sich beispielsweise bereits Eltern um Malerarbeiten in den Klassenräumen kümmern. Es sei dabei eine unterschiedliche Motivation bei der Mitarbeit feststellbar.

Kultur- und Sportangelegenheiten

6. Fördermöglichkeiten für das Waldbad Ramlingen; Antrag der CDU-Fraktion vom 30.08.2010

Vorlage: 2010 0794

Frau Meinig erläuterte einleitend, dass es bei dieser Thematik nicht um Streitigkeiten zwischen der SPD und CDU gehe und erteilte **Herrn Obst** zur Erläuterung des Antrages das Wort. **Herr Obst** rief den schlechten Zustand des Waldbades in Erinnerung und die Notwendigkeit einer Sanierung. Eine zukünftige Nutzungsuntersagung seitens der Region stehe im Raum. Die Sanierung sei mit 645.000 € veranschlagt. Da die Stadt Burgdorf eine so kostenintensive Maßnahme nicht leisten könne, soll der Bürgermeister beauftragt werden, zusätzliche finanzielle Mittel zu akquirieren.

Herr Baxmann stellte fest, dass zwei Ziele verfolgt werden. Der Erhalt des Waldbades sowie keine Erhöhung der städtischen Subventionen für das Bad. Daher sollte über eine geänderte Trägerschaft oder Verantwortlichkeiten nachgedacht werden.

Herr Rheinhardt befürwortet den Antrag generell, sofern er sich lediglich auf eine Prüfung von Fördermöglichkeiten beziehe. **Herr Morich** führte aus, dass es wichtig sei, das Bad zu erhalten und notfalls die Trägerschaft zu ändern sei. **Herr Obst** verdeutlichte, dass die Bereitstellung finanzieller Mittel durch die Stadt Burgdorf zur Erhaltung des Bades nicht Inhalt des Antrages sei, sondern die Klärung, welche Optionen für den Erhalt des Bades gegeben seien. Es dürften nicht mehr als die gegenwärtig 30.000 € an jährlicher Förderung der Stadt gezahlt werden.

Herr Strecker erläuterte, dass es auf Nachfrage bei der NBank für 2010 keine Förderung mehr gebe. Das Programm sei überzeichnet. Ob für 2011 ein Fördermittelprogramm aufgelegt werde, konnte durch die NBank nicht beantwortet werden.

Herr Schrader erfragte, ob es sich beim Investitionsbedarf um die abschließende Summe handelt. **Herr Baxmann** legte dar, dass die Summe der verbindliche Bedarf für die Sanierung sei. Jedoch könnte ein externer Dritter gegebenenfalls eine andere Investitionssumme erzielen, als die Stadt als öffentlicher Träger. Erste Gespräche mit dem Förderverein Waldbad seien bereits geführt worden. **Herr Runge** verdeutlichte, dass es sich beim Waldbad um eine Herzensangelegenheit handelt und die Initiative zu unterstützen sei.

Frau Meinig stellte fest, dass es einstimmiger Konsens des Ausschusses sei, mögliche Fördermittelprogramme zu prüfen.

7. Straßenumbenennung

Vorlage: 2010 0739

Herr Beneke erläuterte den Wunsch, der auf einer Bürgerversammlung in Sorgensen formuliert wurde, ein Teilstück des Sorgenser Grundwegs nach Bruno Zeymer zu benen-

nen. **Herr Baxmann** fügte hinzu, dass unter der Bezeichnung „Zeymerweg“ auch die Verdienste von Frau Zeymer zu subsumieren seien.

Herr Schrader unterbreitete den Vorschlag, dass zukünftig vor Erarbeitung einer Sitzungsvorlage zur Straßenbenennung interfraktionelle Gespräche geführt werden sollten, um zeitig einen parteiübergreifenden Konsens zu einzelnen Namensvorschlägen zu finden. Des Weiteren schlug **Herr Schrader** vor, das Teilstück „Ehepaar-Zeymer-Weg“ zu benennen. **Herr Baxmann** hält eine interfraktionelle Gesprächsrunde für sinnvoll. Eine Benennung in „Ehepaar-Zeymer-Weg“ sollte dagegen nicht erfolgen. Nachhaltiger sei ein zusätzliches Schild zur Erläuterung der Verdienste von Frau und Herrn Zeymer.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport und der Verwaltungsausschuss empfehlen dem Rat der Stadt Burgdorf, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt, das Sorgensen zugewandte Teilstück des "Sorgenser Grundwegs" in "Zeymerweg" umzubenennen.

8. Straßenbenennung im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 4-05 "Flachsfeld 2"
Vorlage: 2010 0768

Herr Beneke führte aus, dass entsprechend des Bebauungsplanes die Planstraße A zu benennen sei. Die Verwaltung schlage unter Berücksichtigung der umliegenden Namen den Straßennamen „Schilfweg“ vor. Der Ortsrat habe der Straßenbenennung zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Ortsrat Schillerslage, der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport und der Verwaltungsausschuss empfehlen dem Rat der Stadt Burgdorf, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt: Die Planstraße A des Bebauungsplanes Nr. 4-05 "Flachsfeld 2" erhält den Namen "Schilfweg".

9. Straßenbenennungen im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 8-9 "Östlich Beerbuschweg"
Vorlage: 2010 0787

Herr Beneke erläuterte, dass es Anregungen zur Straßenbenennung nach verdienten Burgdorfer Bürgern gab. Entsprechend seien die Vorschläge in der Vorlage aufgeführt. Der Arbeitskreis „Frauen in Burgdorf“ habe nach Vorlagenerstellung drei Namensvorschläge nachträglich eingereicht. Davon sei Frau Mrowka bereits berücksichtigt. Bei den anderen beiden Frauen stehe die Überprüfung beim Bundesarchiv noch aus. **Frau Pape** erläuterte anschließend die Hintergründe für die Namensvorschläge des Arbeitskreises.

Herr Baxmann plädierte für die vorgeschlagene Straßenbenennung. Die Verdienste von Frau Schwanz sollten in anderer Weise gewürdigt werden. So könne zum Beispiel die Turnhalle in Ehlershausen nach ihr benannt werden. **Herr Braun** stimmte für den Vorschlag des Arbeitskreises. Herr Hoffmann sollte durch Frau Kempf ersetzt werden.

Für **Herrn Obst** zeigte die Diskussion, dass es nicht einfach sei, sich auf einzelne Namen einvernehmlich zu verständigen. Von daher sei der Vorschlag interfraktioneller Vorgespräche sinnvoll. Mit den Vorschlägen der Herren Rodehorst und Hoffmann verbinde **Herr**

Obst keine Nachhaltigkeit in ihren Leistungen für die Stadt Burgdorf. Als Vorschlag sollte dagegen über Friedrich Schirmer nachgedacht werden. **Herr Baxmann** hält den Vorschlag Friedrich Schirmer für denkbar ungeeignet, da ihm eine Affinität zu dem Regime der Nationalsozialisten nahe steht. Des Weiteren seien die Ausführungen zu Jürgen Rodehorst für **Herrn Baxmann** nicht nachvollziehbar. Rodehorst habe eine führende Rolle in den Arbeiter- und Soldatenräten eingenommen und dabei die Stadt Burgdorf mitgeprägt. **Herr Morich** unterstützte **Herrn Baxmann** in seinen Ausführungen zu den Verdiensten Jürgen Rodehorsts. **Herr Schrader** schlug eine Zurückstellung der Beschlussvorlage vor.

Der Ausschuss empfahl **einstimmig**, die Vorschläge zunächst interfraktionell zu beraten.

10. Zuschuss für die Burgdorfer Schützengesellschaft von 1593 e.V. Vorlage: 2010 0771

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport/Ausschuss für Wirtschaft in Finanzen empfiehlt dem Verwaltungsausschuss, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Verwaltungsausschuss beschließt, der Burgdorfer Schützengesellschaft von 1593 e.V. für die Sanierung der Kleinkaliberschießanlage einen Zuschuss in Höhe von 10 % der Kosten, höchstens 1.300,00 €, zu gewähren.'

11. Gebühren für die Nutzung von städtischen Räumen Vorlage: 2010 0773

Herr Beneke erläuterte, dass die Beträge, die in der Satzung aufgeführt seien, in der Vergangenheit nur wenig zum tragen kamen. Mit einer Dienstanweisung könne flexibler gearbeitet werden.

Herr Obst wies darauf hin, dass er diese Auffassung nicht teile. Es müsse klar dargestellt werden, welche Beträge durch den Einzelnen zu zahlen seien. Anderenfalls entstehe der Eindruck einer Intransparenz. **Herr Strecker** erklärte, dass eine Dienstanweisung Privatrecht sei, hingegen bei der Anwendung einer Satzung EU-Recht gelte. Dem Ausschuss werde zukünftig der Inhalt der Dienstanweisung zur Kenntnis gegeben.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport/der Verwaltungsausschuss empfehlen dem Rat der Stadt Burgdorf, den nachstehend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Burgdorf beschließt die Satzung zur Aufhebung der Gebührensatzung für die Überlassung von Räumen in Gebäuden und Sportanlagen an Dritte mit Wirkung vom 31.10.2010.

Der Bürgermeister wird beauftragt, anstelle der Satzungen entsprechende Dienstanweisungen zu erlassen.'

12. Freiwillige Leistungen/Subventionen Vorlage: 2010 0764

Frau Meinig erklärte, dass es bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes um eine Beratung der freiwilligen Leistungen gehe. Eine Abstimmung soll wie in den anderen Aus-

schüssen nicht erfolgen. **Herr Baxmann** ergänzte, dass die Fachausschüsse in ihren Beratungen der Verwaltung Ansatzpunkte für Einsparungen aufzeigen sollten.

Herr Rheinhardt wies darauf hin, dass im Finanzausschuss Möglichkeiten prozentualer Einsparungen diskutiert worden seien. So könnte beispielsweise bei den Punkten 2 und 3 über eine fünfprozentige Kürzung nachgedacht werden.

Herr Obst machte deutlich, dass seines Erachtens der Bürgermeister verpflichtet sei, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dazu müsse der Bürgermeister eine Liste mit Einsparpotentialen bei den freiwilligen Leistungen vorlegen. **Herr Baxmann** erwiderte, dass der Auftrag zur Ausarbeitung der Vorlage durch die CDU-Fraktion angeregt wurde. Es gebe keine Möglichkeit der schadlosen Einsparung. Die Politik soll daher Anregungen geben, welche freiwilligen Leistungen gekürzt werden könnten. Die Verwaltung würde dann berechnen, welche Folgen die Einsparungen hätten.

Herr Runge erfragte die Aussage nach nicht marktgerechten Mieten und Pachten in der Vorlage und ob es damit einen Ansatzpunkt stiller Subvention gebe. **Herr Baxmann** führte aus, dass es im Bereich Sporthallennutzung bzw. bei Pachtobjekten an Wohlfahrtsverbände bei den Kostenbeiträgen zu stillen Subventionen komme. Städtische Wohnungen werden jedoch zu marktüblichen Mieten vergeben. Abschließend machte **Herr Baxmann** deutlich, dass eine Kürzung der Vereinsförderung kontraproduktiv zum sozialen Auftrag sei.

Schulangelegenheiten

13. Sachstandsbericht zur Einführung "Offener Ganztagschulen"

Herr Strecker berichtete über den aktuellen Stand bei der Einführung „Offener Ganztagschulen“ unter Bezugnahme auf die zurückliegende politische Diskussion. Nunmehr haben alle Grundschulleitungen erklärt, dass sie zu einem gemeinsamen Zeitpunkt Offene Ganztagschulen einführen wollen. In diesem Zusammenhang habe es bereits einen Austausch zu notwendigen baulichen Veränderungen unter Beteiligung der Region Hannover gegeben. Danach sei nur für die Grundschule Otze eine größere Baumaßnahme erforderlich. Hier sei die Verwaltung mit der Schule im Gespräch, da es unterschiedliche Auffassung zum notwendigen Raumbedarf gebe. Weiterhin erklärte **Herr Strecker**, dass es Überlegungen für die zukünftige Hortbetreuung gab. Aufgrund der finanziellen Situation solle es keine Doppelbetreuung in der Ganztagschule und im Hort geben. Der Hort soll die Betreuung außerhalb der Ganztagszeiten abdecken. Die Schulgremien wurden zwischenzeitlich gebeten, bis zum 30.09. eine verbindliche Aussage zu tätigen, ob sie zukünftig Ganztagschule werden wollen.

Die Kosten für die Einführung von Ganztagschulen, die sich aus Baumaßnahmen, Ausstattung und Personalkosten zusammensetzen, werden als Gesamtpaket im Rahmen der Haushaltsberatungen vorgestellt.

Nach aktueller Aussage der Landesschulbehörde ist es weiterhin nicht beabsichtigt, die Einführung des Ganztagsbetriebes für die 1. und 2. Klassen zu fördern, so **Herr Strecker**. Da ein Ganztagsbetrieb der 1. bis 4. Klassen als sinnvoll erachtet wird, muss über Lösungsmöglichkeiten nachgedacht werden.

Frau Meinig erfragte den Stand der Konzeptionserarbeitung in den Schulen. **Herr Haak** führte aus, dass die Schulen an den Konzepten arbeiten. Für die Gudrun-Pausewang-Grundschule gebe es Diskussionen bezüglich der 1. und 2. Klassen im Rahmen der Jugendhilfeplanung Südstadt. **Herr Baxmann** verdeutlichte, dass die Stadt bei einem Parallelangebot Ganztags und Hort in einem finanziellen Dilemma steckt. Die Schulen sollten in ihren Konzeptionen verschiedene Möglichkeiten bezüglich der 1. und 2. Klassen aufzeigen. **Herr Obst** erklärte, dass sofern nur Ganztagsangebote für die 3. und 4. Klassen gefördert

werden, verschiedene Betreuungsmodelle einschließlich der Kosten für die 1. und 2. Klassen aufgezeigt werden müssen. Des Weiteren erfragte **Herr Obst**, ob die Haushaltslage eine gleichzeitige Umstellung der Grundschulen zu Ganztagschulen herbeigebe. **Herr Baxmann** sieht bei einer gleichzeitigen Einführung grundsätzlich finanzielle Schwierigkeiten. Jedoch sei es politischer Wille, Ganztagsangebote einzuführen. Zunächst müssten die Gesamtkosten ermittelt werden, bevor Entscheidungen zum weiteren Vorgehen festgelegt werden. Da die Investitionskosten für Otze deutlich höher seien als in anderen Einrichtungen, sollten hier Wünsche zurückgestellt werden.

Herr Strecker ergänzte seine Ausführungen und teilte mit, dass Fertiggessen angeliefert werden soll.

14. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Herr Morich regte an, dass in Burgdorf eine Straße nach dem Otzer Landwirt Brönnemann benannt werden sollte.

Einwohnerfragestunde

Frau Ahrens (Mitglied Schulelternrat Astrid-Lindgren-Grundschule) erklärte, dass aus ihrer Sicht nicht alle Fragen zur offenen Ganztagschule geklärt seien. **Frau Ahrens** hält die Zurückführung des Hortangebotes für bedenklich. Weiterhin erfragte **Frau Ahrens** was passiere, wenn nicht alle Schulen gleichzeitig zur Ganztagschule werden. **Herr Baxmann** machte deutlich, dass aus Sicht des Schulträgers zum jetzigen Zeitpunkt die grundsätzlichen Fragen geklärt und die materiellen Voraussetzungen zu schaffen seien. **Herr Strecker** ergänzte, dass man sich gegenwärtig im Planungsstadium und in der Konzeptionserarbeitung befinde und die Feinheiten im weiteren Prozess abgestimmt werden.

Durch anwesende Eltern wurde im weiteren Verlauf verdeutlicht, dass sie einen Fortbestand der Horte befürworten. Dort sei eine flexible Betreuung mit konstanten Bezugspersonen möglich und es werde gute pädagogische Arbeit geleistet. **Herr Baxmann** erwiderte, dass seines Erachtens die gute pädagogische Arbeit ausschlaggebend für die Einführung Offener Ganztagschulen in Niedersachsen sei und eine nochmalige Verbesserung gegenüber den Horten erzielt werde. Des Weiteren machte **Herr Baxmann** deutlich, dass Offene Ganztagsangebote zwar flexibel besucht werden können, nach einer Anmeldung für ein Angebot aber eine Bindung bestehe. **Herr Strecker** ergänzte, dass das Hortpersonal in die Ganztagsbetreuung eingebunden werde.

Die Diskussion zeigte **Herrn Haak**, dass noch eine Vielzahl offener Punkte bestehe. Die Schulen seien jedoch mit dem Schulträger im Dialog. Des Weiteren tauschen sich die Schulleitungen untereinander über bestehende Probleme aus. Abschließend verdeutlichte **Herr Baxmann**, dass über einen integrierten Hort in der Ganztagschule nachgedacht werden sollte.

Geschlossen:

Erster Stadtrat

stellvertretende Ausschussvorsitzende

Protokollführer